



## Medienmitteilung

Zürich, 6. Januar 2023

### **Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 9. Januar 2023** Fokusthemen: **Sicherheit und Ratsalltag**

*Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montag nach der Behandlung einer dringlichen Interpellation zum Datenmissbrauchsfall in der Justizdirektion mit drei Geschäften beschäftigen, die ihn selber betreffen. Konkret geht es um den Tagungsort und die Grösse des Kantonsrates sowie um die Entschädigungen seiner Mitglieder. Anschliessend stehen Vorstösse auf der Traktandenliste, welche die Sicherheitsdirektion betreffen.*

#### **Dringliche Interpellation zum Datenmissbrauchsfall in der Justizdirektion**

Für eine angeregte Debatte dürfte am Montagmorgen die Behandlung einer dringlichen Interpellation sorgen, welche Verantwortlichkeiten in der Direktion der Justiz und des Innern betrifft. SVP-Kantonsrat Martin Hübscher wünscht sich, unterstützt von FDP, GLP und Mitte, präzisere Antworten auf Fragen in Zusammenhang mit dem Datenmissbrauchsfall in der Justizdirektion ([KR-Nr. 462/2022](#)). Da es sich um eine dringliche Interpellation handelt, wird die zuständige Regierungsrätin, Jacqueline Fehr, die Antworten im Rat persönlich vortragen. Mit der Diskussion über die Antworten der Regierung ist das Geschäft erledigt.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen), 079 222 27 80

#### **GL gegen Rückkehr ins Rathaus und Verkleinerung des Kantonsrates**

Der parteilose Kantonsrat Hans-Peter Amrein möchte, dass der Kantonsrat für seine Sitzungen so rasch wie möglich vom Provisorium in Oerlikon zurück ins Rathaus zieht ([KR-Nr. 239/2021](#)). Die Geschäftsleitung (GL) des Kantonsrates beantragt dem Rat einstimmig, die Motion abzulehnen, weil sie eine Rückkehr ins Rathaus als problematisch einstuft. Zudem laufen die Umbauarbeiten für ein langfristiges Provisorium in der Bullingerkirche auf Hochtouren, damit der Kantonsrat voraussichtlich ab dem 20. Februar 2023 dort tagen kann. Das alte Rathaus soll in den kommenden Jahren komplett saniert werden. Eine Verkleinerung des Kantonsrates von heute 180 auf 150 oder noch weniger Mitglieder wünscht sich SVP-Kantonsrat Martin Hübscher ([KR-Nr. 119/2022](#)). Die GL sieht jedoch keinen Handlungsbedarf für eine Verkleinerung des kantonalen Parlaments und beantragt mit 10 zu 5 Stimmen, die Motion nicht entgegenzunehmen. Eine SVP-Minderheit beantragt derweil, die Motion als Postulat entgegenzunehmen.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht), 079 657 44 56

GL-Referent zu KR-Nr. 239/2021: Benno Scherrer (GLP, Uster), 077 445 44 49

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen), 079 222 27 80

GL-Referentin zu KR-Nr. 119/2022: Sylvie Matter (SP, Zürich), 079 659 54 00

#### **Fakultatives Referendum für Entschädigungen des Kantonsrates ermöglichen**

Die Höhe der Entschädigung, welche Kantonsrätinnen und Kantonsräte erhalten, soll dem fakultativen Referendum unterstellt werden. Dies fordert SVP-Kantonsrat Stefan Schmid mit einer parlamentarischen Initiative (PI). Die GL möchte dem Kernanliegen der PI Rechnung tragen, ohne die Verfassung ändern zu müssen oder die neue Entschädigungslösung bereits wieder zu revidieren. Sie beantragt dem Kantonsrat deshalb mit 8 zu 5 Stimmen eine Änderung

der Übergangsbestimmungen des Kantonsratsgesetzes ([KR-Nr. 370/2019](#)). Mit der nächsten Revision der Entschädigungsverordnung ist diese in ein Gesetz umzuwandeln, um die Entschädigungen des Kantonsrates dem fakultativen Gesetzesreferendum zu unterstellen. Eine Minderheit der Geschäftsleitung aus Grünen, SP und EVP lehnt diesen Antrag ab, weil ein solches Vorgehen einem seriösen Gesetzgebungsprozess widerspreche.

GL-Referent: Jürg Sulser (SVP, Otelfingen), 079 416 17 00

Minderheit: Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach), 076 576 72 72

### **Vorstösse zu verschiedenen Sicherheitsthemen**

Voraussichtlich bis zum Ende der Sitzung wird sich der Kantonsrat Vorstössen widmen, welche die Sicherheitsdirektion betreffen. SP-Kantonsrat Andreas Daurù möchte mit Unterstützung von Grünen, EVP und AL, dass der Regierungsrat im Sozialhilfegesetz gesetzliche Grundlagen für die soziale Prävention schafft, die zur Verhinderung einer finanziellen Notlage von Personen beitragen ([KR-Nr. 195/2022](#)). Der Regierungsrat beantragt, die Motion abzulehnen. Mit einer Interpellation hat SP-Kantonsrätin Leandra Columberg, unterstützt von Grünen und AL, dem Regierungsrat verschiedene Fragen zur Situation von abgewiesenen Flüchtlingen in den Rückkehrzentren des Kantons Zürich gestellt ([KR-Nr. 197/2022](#)). Mit der am Montag traktandierten Diskussion über die Antworten der Regierung ist das Geschäft erledigt. FDP-Kantonsrat Marc Bourgeois verlangt mit einer Motion, dass Personen, die freiwillig Teilzeit arbeiten, staatliche Unterstützungsleistungen aller Art nur in dem Umfang erhalten, wie sie sie bei einer Ausschöpfung der Erwerbstätigkeit erhalten würden ([KR-Nr. 230/2022](#)). Und SP-Kantonsrätin Michèle Dünki-Bättig bittet den Regierungsrat mit einem Postulat, mit den Gemeinden im Kanton Zürich zeitnah einen runden Tisch durchzuführen und Massnahmen aufzuzeigen, wie Menschen, die von den gestiegenen Energiepreisen besonders betroffen sind, von den Gemeinden unterstützt werden können ([KR-Nr. 365/2022](#)). Der Regierungsrat beantragt, beide Postulate abzulehnen. AL-Kantonsrätin Melanie Berner hat dem Regierungsrat mit einer Interpellation, die von den Grünen unterstützt wird, verschiedene Fragen in Zusammenhang mit der Betreuungssituation im MNA-Zentrum Lilienberg gestellt ([KR-Nr. 394/2022](#)). Mit der Diskussion über die Antworten der Regierung ist das Geschäft erledigt.

Leandra Columberg (SP, Dübendorf), 078 683 61 47

Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

Marc Bourgeois (FDP, Zürich), 079 219 95 38

Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

Markus Bischoff (AL, Zürich), 079 211 81 66 (in Vertretung von Melanie Berner)

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Esther Guyer, Kantonsratspräsidentin, 079 699 13 45

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12